



SATZUNG

der Gemeinde Großenkneten über die Erhebung von Verwaltungskosten im eigenen Wirkungskreis (Verwaltungskostensatzung)

**in der Fassung vom 20. Dezember 1999
zuletzt geändert durch die 1. Änderungssatzung vom 07. Mai 2001**

Aufgrund der §§ 6 und 83 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) vom 22.08.1996 (Nds. GVBl. S. 382) und des § 4 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes (NKAG) vom 11.02.1992 (Nds. GVBl. S. 29), jeweils in der zur Zeit geltenden Fassung, hat der Rat der Gemeinde Großenkneten folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Allgemeines

- (1) Für Amtshandlungen und sonstige Verwaltungstätigkeiten - im nachfolgenden Verwaltungstätigkeiten - im eigenen Wirkungskreis der Gemeinde Großenkneten werden nach dieser Satzung Gebühren und Auslagen - im nachfolgenden Kosten - erhoben, wenn die Beteiligten hierzu Anlass gegeben haben. Verwaltungstätigkeiten sind auch Entscheidungen über förmliche Rechtsbehelfe.
- (2) Kosten werden auch erhoben, wenn ein auf Vornahme einer kostenpflichtigen Verwaltungstätigkeit gerichteter Antrag abgelehnt oder nach Aufnahme der Verwaltungstätigkeit vor der Entscheidung zurückgenommen wird.
- (3) Die Erhebung der Kosten auf Grund anderer Rechtsvorschriften bleibt unberührt.

§ 2

Kostentarif

Die Höhe der Kosten bemisst sich unbeschadet des § 6 nach dem Kostentarif, der Bestandteil dieser Satzung ist.

§ 3 Gebühren

- (1) Ist für den Ansatz von Gebühren durch den Kostentarif ein Rahmen (Mindest- und Höchstsätze) bestimmt, so sind bei der Festsetzung der Gebühr das Maß des Verwaltungsaufwandes sowie der Wert des Gegenstandes zur Zeit der Beendigung der Verwaltungstätigkeit zu berücksichtigen. Die Gebühr ist auf volle Euro abgerundet festzusetzen.
- (2) Werden mehrere gebührenpflichtige Verwaltungstätigkeiten nebeneinander vorgenommen, so ist für jede Verwaltungstätigkeit eine Gebühr zu erheben.
- (3) Wird ein Antrag auf Vornahme einer Verwaltungstätigkeit
 - a) ganz oder teilweise abgelehnt,
 - b) zurückgenommen, bevor die Verwaltungstätigkeit beendet ist,so kann die Gebühr bis auf ein Viertel des vollen Betrages ermäßigt werden.
- (4) Wird ein Antrag wegen Unzuständigkeit abgelehnt oder beruht er auf unverschuldeter Unkenntnis, so kann die Gebühr außer Ansatz bleiben.
- (5) Wird eine zunächst abgelehnte Verwaltungstätigkeit auf einen Rechtsbehelf hin vorgenommen, so wird die für die Ablehnung erhobene Gebühr angerechnet.

§ 4 Rechtsbehelfsgebühren

- (1) Soweit ein Rechtsbehelf erfolglos bleibt, beträgt die Gebühr für die Entscheidung über den Rechtsbehelf das Eineinhalbfache der Gebühr, die für die angefochtene Entscheidung anzusetzen war. War für die Verwaltungstätigkeit keine Gebühr festzusetzen, so richtet sich die Gebühr nach dem Kostentarif.
- (2) Wird dem Rechtsbehelf teilweise stattgegeben oder wird er ganz oder teilweise zurückgenommen, so ermäßigt sich die sich aus Absatz 1 ergebende Gebühr nach dem Umfang der Abweisung oder der Rücknahme, im Falle der Rücknahme auf höchstens 25 v.H..
- (3) Wird der Rechtsbehelfsbescheid ganz oder teilweise aufgehoben oder zurückgenommen, so sind die gezahlten Rechtsbehelfskosten ganz oder teilweise zu erstatten, es sei denn, dass die Aufhebung allein auf unrichtigen oder unvollständigen Angaben desjenigen beruht, der den Rechtsbehelf eingelegt hat.

§ 5 Gebührenbefreiung

(1) Gebühren werden nicht erhoben für

1. mündliche Auskünfte,
2. Zeugnisse und Bescheinigungen in folgenden Angelegenheiten:
 - a) Arbeits- und Dienstleistungssachen,
 - b) Besuch von Schulen,
 - c) Zahlung von Ruhegehältern, Witwen- und Waisengeldern, Krankengeldern, Unterstützungen und dergleichen aus öffentlichen und privaten Kassen,
 - d) Nachweise der Bedürftigkeit.
3. Verwaltungstätigkeiten, die die Stundung, die Niederschlagung oder den Erlass von Verwaltungskosten betreffen,
4. steuerliche Unbedenklichkeitsbescheinigungen für die Vergabe öffentlicher Aufträge,
5. Verwaltungstätigkeiten, zu denen
 - a) in Ausübung öffentlicher Gewalt eine andere Behörde im Lande, eine Behörde des Bundes oder die Behörde eines anderen Bundeslandes Anlass gegeben hat, es sei denn, dass die Gebühr einem Dritten zur Last zu legen ist,
 - b) Kirchen und andere Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften des öffentlichen Rechts einschließlich ihrer öffentlich-rechtlichen Verbände, Anstalten und Stiftungen zur Durchführung von Zwecken i.S. des § 54 der Abgabenordnung Anlass gegeben haben, es sei denn, dass die Gebühr einem Dritten zur Last zu legen ist.

(2) Von der Erhebung einer Gebühr kann außer den in Absatz 1 genannten Fällen ganz oder teilweise abgesehen werden, wenn daran ein öffentliches Interesse besteht.

(3) Die Absätze 1 und 2 werden bei Entscheidungen über Rechtsbehelfe nicht angewendet.

§ 6 Auslagen

- (1) Werden bei der Vorbereitung oder bei der Vornahme einer Amtshandlung und sonstigen Verwaltungstätigkeit Auslagen notwendig, die nicht bereits mit der Gebühr abgegolten sind, so hat der Kostenschuldner sie zu erstatten; dies gilt auch, wenn eine Gebühr nicht zu entrichten ist. Auslagen hat der Kostenschuldner auch dann zu erstatten, wenn sie bei einer anderen am Verfahren beteiligten Behörde entstanden sind; in diesen Fällen findet ein Ausgleich zwischen den Behörden nur statt, wenn die Auslagen im Einzelfall 25 € übersteigen. Als Auslagen gelten auch Kosten, die einer am Verfahren beteiligten Behörde entstanden sind, ohne dass sie gegenseitig ausgeglichen werden.

- (2) Als Auslagen werden insbesondere erhoben:
 1. Postgebühren für Zustellungen und Nachnahmen sowie für die Ladung von Zeugen und Sachverständigen; wird durch Bedienstete der Behörde zugestellt, so werden die für die Zustellungen durch die Post mit Zustellungsurkunde entstehenden Postgebühren erhoben,
 2. Gebühren für die Nutzung von Telekommunikationsgeräten,
 3. Kosten öffentlicher Bekanntmachungen,
 4. Zeugen- und Sachverständigengebühren,
 5. bei Dienstgeschäften entstehende Reisekosten,
 6. Beträge, die anderen Behörden oder anderen Personen für ihre Tätigkeit zu zahlen sind,
 7. Kosten der Beförderung oder Verwahrung von Sachen,
 8. Schreibgebühren für weitere Ausfertigungen, Abschriften, Durchschriften, Auszüge, Kosten für Fotokopien, Lichtpausen und Vervielfältigungen nach den im Kostentarif vorgesehenen Sätzen.

- (3) Beim Verkehr mit den Behörden des Landes und beim Verkehr der Gebietskörperschaften im Lande untereinander werden Auslagen nur erhoben, wenn sie im Einzelfall den Betrag von 25,00 € übersteigen.

§ 7 Kostenschuldner

- (1) Zur Zahlung der Kosten ist verpflichtet,
 1. derjenige, der zu einer Verwaltungstätigkeit Anlass gegeben hat,
 2. derjenige, der die Kosten durch eine der Gemeinde gegenüber abgegebene oder ihr mitgeteilte Erklärung übernommen hat,
 3. derjenige, der für die Kostenschuld eines anderen kraft Gesetzes haftet.
- (2) Kostenschuldner nach § 4 ist derjenige, der den Rechtsbehelf eingelegt hat.
- (3) Mehrere Kostenschuldner sind Gesamtschuldner.

§ 8 Entstehung der Kostenschuld

- (1) Die Gebührenschuld entsteht mit der Beendigung der Verwaltungstätigkeit oder mit der Rücknahme des Antrages.
- (2) Die Verpflichtung zur Erstattung der Auslagen entsteht mit der Aufwendung des zu erstattenden Betrages.

§ 9 Fälligkeit der Kostenschuld

- (1) Die Kosten werden mit der Bekanntgabe der Kostenentscheidung an den Kostenschuldner fällig, wenn nicht die Behörde einen späteren Zeitpunkt bestimmt.
- (2) Eine Verwaltungstätigkeit kann von der vorherigen Zahlung der Kosten oder von der Zahlung oder Sicherstellung eines angemessenen Kostenvorschusses abhängig gemacht werden. Soweit der Vorschuss die endgültige Kostenschuld übersteigt, ist er zu erstatten.

§ 10 Anwendung des Niedersächsischen Verwaltungskostengesetzes

Soweit diese Satzung keine Regelung enthält, finden nach § 4 Abs. 4 NKAG die Vorschriften des Niedersächsischen Verwaltungskostengesetzes sinngemäß Anwendung.

§ 11 Inkrafttreten

(1) Diese Satzung tritt am 01.01.2000 in Kraft.

(2) Gleichzeitig tritt die Satzung der Gemeinde Großenkneten über die Erhebung von Verwaltungskosten im eigenen Wirkungsbereich (Verwaltungskostensatzung) vom 20.11.1975 in der Fassung vom 24.05.1984 außer Kraft.

Großenkneten, 20. Dezember 1999

Die 1. Änderungssatzung tritt am 01.01.2002 in Kraft.

Kostentarif zur Verwaltungskostensatzung (§ 2) der Gemeinde Großenkneten

Gebühren (§ 3 der Verwaltungskostensatzung) und Pauschbeträge
für Auslagen (§ 6 Abs. 2 Nr. 8 der Verwaltungskostensatzung)

Tarif-Nr.	Gegenstand	Euro-Betrag
1.	<u>Vervielfältigung, Falz- und Schneidarbeiten</u>	
1.1.	Vervielfältigungen	
1.1.1.	Schwarz-Weiß-Fotokopien	
1.1.1.1.	bis zum Format DIN A 4	0,25 €
1.1.1.2.	im Format DIN A 3	0,75 €
1.1.2.	Farb-Fotokopien	
1.1.2.1.	bis zum Format DIN A 4	1,00 €
1.1.2.2.	im Format DIN A 3	2,50 €
1.1.3.	Vervielfältigungen mit Bürodruckgeräten	
1.1.3.1.	bis zum Format DIN A 4 je Seite	0,10 €
1.1.3.2.	bei größeren Formaten und teureren Papiersorten kann der Betrag entsprechend erhöht werden.	
1.2.	Falz- und Schneidarbeiten	Stundenpauschale
2.	<u>Amtliche Beglaubigungen, Zeugnisse und Ausweise</u>	
	Beglaubigungen von	
2.1.1.	Unterschriften	1,50 €
2.1.2.	Vervielfältigungen, die gedruckt oder vervielfältigt werden	1,00 €
2.1.3.	Beglaubigungen für Bewerbungen sind kostenfrei	
2.2.	Ausstellung von Zeugnissen, Bescheinigungen und Ausweisen, soweit nicht nach anderen Tarifnummern zu erheben ist	5,00 € bis 25,00 €
3.	<u>Auskünfte</u>	
	Schriftliche Auskunft zur Marktforschung und wirtschaftliche Prognosen an interessierte Gesellschaften o.ä.	
	- Grundgebühr	5,00 €
	- zuzüglich je angefangene Seite	2,50 €
4.	<u>Abgabe von Druckstücken</u>	
	Ortsatzungen, Abgabensatzungen, Pläne, Tarife, Straßen- und Stimmbezirksverzeichnisse usw.	
	für je angefangene Seite	0,25 €
	jedoch mindestens	1,00 €
5.	<u>Genehmigungen, Erlaubnisse</u>	

	Und andere zum unmittelbaren Nutzen der Beteiligten vorgenommene Verwaltungstätigkeit, wenn keine andere Gebühr vorgeschrieben ist	10,00 € bis 500,00 €
6.	<u>EDV-Einsatz, Auswertung für Dritte</u> - Personalkosten - Maschinenkosten je Stunde - Materialkosten und Kosten Dritter	Stundenpauschale 10,00 € bis 500,00 € Tatsächlicher Aufwand
7.	<u>Sonstige Verwaltungstätigkeiten</u> Verwaltungstätigkeiten, die nach Art und Umfang in der Gebührensatzung nicht näher bestimmt werden können und die mit besonderem Aufwand verbunden sind.	Stundenpauschale
8.	<u>Vermögensverwaltung</u>	
8.1.	Löschungsbewilligungen, Vorrangeinräumungs-, Pfandentlassungs- und sonstige Erklärungen	25,00 € bis 50,00 €
8.2.	Bestellung von Baulasten	50,00 € bis 2.500,00 €
8.3.	Ausstellung eines Zeugnisses über das Nichtbestehen bzw. die Nichtausübung eines Vorkaufsrechtes (Negativzeugnis) nach § 28 Abs. 1 Satz 3 BauGB sowie § 3 WoBauErlG	50,00 €
9.	<u>Ersatz für verloren gegangene Hundesteuermarken</u>	5,00 €
10.	<u>Abgabe von Verdingungsunterlagen bei öffentlicher Ausschreibungen</u>	10,00 € bis 100,00 €
11.	<u>Abgabe von Bebauungsplänen</u>	25,00 €
12.	<u>Erschließungs- und Anliegerbescheinigungen</u>	10,00 €
13.	<u>Genehmigung und Überwachung</u> von Arbeiten, die für Rechnung Dritter von Unternehmen an Straßen, Plätzen, Kanälen und sonstige Anlagen ausgeführt werden.	25,00 € bis 2.500,00 €
14.	<u>Genehmigung/Erlaubnisse aufgrund der geltenden Satzungen über die Abwasserbeseitigung der Gemeinde</u> Entwässerungsgenehmigung einschl. Abnahme der Hausanschlusses an die öffentliche Abwasseranlage	45,00 €

15.	<u>Bücherei</u>	
15.1.	Versäumnisgebühr je Buch und Woche	1,00 €
15.2.	Mahngebühr	2,50 €
15.3.	Ersatzausstellung von Lesekarten	2,50 €
16.	<u>Rechtsbehelfe</u>	
	Entscheidung über förmliche Rechtsbehelfe mit Ausnahme der in § 4 Abs. 1 Satz 1 der Verwaltungskostensatzung genannten Fälle, wenn	1 % des auf voll- end Tausend Euro aufgerundeten Gegenstandswert
	- der Rechtsbehelf erfolglos bleibt;	- mindestens
	- der Rechtsbehelf zwar Erfolg hat, die angefochtene Entscheidung aber aufgrund unrichtiger oder unvollständiger Angaben ergangen ist	25,00 €

Stundenpauschale

Es gelten die Stundenpauschale des Finanzministerium in der jeweils aktuellen Fassung.